Protokoll

der öffentlichen Sitzung Nr. 47/11-15 des Beirates Neustadt am Donnerstag, den 22.01.2015,

in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Anwesend:

Irmgard ApkeSusanne MartensJanne MüllerTorsten DähnAnke MaurerRainer MüllerUlrike HeuerSabine MetschiesJens OppermannIrmtraud KonradAnna MöllerCornelia Rohbeck-TöbenWolf KrämerIngo MoseThomas Schmitz

Fehlend: Tarkan Koc, Florian Steinberg (e), Vanessa Werschky (e)

Gäste/Referenten: Staatsrat Hr. Frehe, Fr. Dr. Kodré (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen), Hr. Kehlenbeck (Senatorin für Bildung und Wissenschaft), Fr. Rims (Amt für Soziale Dienste/AfSD)

Weiter anwesend: Vertreter_innen des Jugendbeirates, Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Michael Radolla (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht der Beiratssprecher allen Anwesenden ein gutes und friedliches neues Jahr. Er weist darauf hin, dass der Beirat angesichts der aktuellen Themenlagen auch in diesem Jahr wieder vor vielfältigen Herausforderungen stehen werde.

In seiner nichtöffentlichen Sitzung am 18.12.2014 habe der Beirat sich aufgrund der Erfahrungen insbesondere des vergangenen Jahres entschlossen, künftig den Sitzungsablauf in folgender Weise zu modifizieren, um die Beiratssitzungen effektiver zu gestalten und die Aufgaben- und Rollenverteilung im Rahmen der Sitzungen zu verdeutlichen:

- Redezeitbegrenzung auf max. 3 Minuten pro Redebeitrag (ausgenommen Referent_innen)
- Diskussionen zu einem Tagesordnungspunkt zunächst innerhalb des Beiratsgremiums, danach Einbeziehung von Wortmeldungen der Öffentlichkeit
- Hinweis an die Öffentlichkeit, wenn bestimmte TOP bereits innerhalb des Beirates ausführlich vorbesprochen worden sind und lediglich eine Beschlussfassung vorgesehen ist (keine erneute inhaltliche Debatte notwendig)

Abschließend bittet er alle Beteiligten um Beachtung dieser "Spielregeln".

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

<u>Beschluss</u>: Die Tagesordnung wird unter Streichung der Protokollgenehmigung vom 18.12.2014 (TOP 6) genehmigt.

TOP 2 - Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

• Bürger/-innenanträge, Fragen und Wünsche

Ein Bürger weist darauf hin, dass es in den vergangenen Tagen vermehrt Überfälle in Geschäften im Steintor/Ostertor gegeben habe und bittet alle Anwesenden unterstützend um erhöhte Aufmerksamkeit in diesem Bereich. Darüber hinaus stellt er folgende Fragen zu Sachverhalten im Bereich der Neustadt:

- ➤ Wie lange wird die aktuelle Baumaßnahme in der Großen Sortillienstraße andauern?
- Warum wurden im Straßenzug Am Werderufer erneut Kanalarbeiten von Hansewasser aufgenommen, nachdem die Maßnahme eigentlich im November beendet sein sollte?
- ➤ Ist es möglich, dem Bereich Wilhelm-Kaisen-Brücke/Friedrich-Ebert-Straße/Kleine Weser nach Silvester aus Umweltschutzgründen (Weser/Kleine Weser) eine hohe Priorität bei Aufräumarbeiten durch die Entsorgungsbetriebe einzuräumen?
- → Das Ortsamt sagt eine Klärung mit den jeweils zuständigen Stellen zu.

Ein weiterer Bürger erklärt, der Tagespresse sei zu entnehmen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Bremer Flughafens derzeit offensichtlich sehr gut sind. Als nachteilig für Teile der Bevölkerung ergebe sich durch das Flugaufkommen eine entsprechende Lärmbelastung. Da die Sitzungen der Fluglärmkommission (FLK) nichtöffentlich durchgeführt und die Protokolle der Sitzungen erst mit deutlicher Verzögerung veröffentlicht würden, bitte er für eine der kommenden Sitzungen um einen Bericht der Beiratsvertreter in der FLK zu den für die Neustadt relevanten Themen.

→ Der Beirat wird über das weitere Vorgehen beraten.

Eine Bürgerin möchte wissen, warum Baumfällungen in der Neuenlander Straße (in Höhe Friedrich-Ebert-Straße) und in der Neustadtscontrescarpe (Einmündung Delemstraße) vorgenommen werden mussten.

→ Das Ortsamt sagt eine Klärung mit den zuständigen Stellen zu.

Ein Vertreter des Elternbeirats der Grundschule Oderstraße erläutert, dass die Stelle der Schulsozialarbeiterin an der Grundschule im vergangenen Jahr gestrichen worden sei. Diese Vakanz habe mit den aktuellen Ressourcen bei gleichzeitig hohem Bedarf an der Schule nicht aufgefangen werden können. Daher seine Frage an den Beirat, wie der seine Möglichkeiten einschätze, auf eine Wiederbesetzung der Stelle einwirken zu können.

Der Sprecher des Fachausschusses Soziales und Bildung erklärt dazu, dass sich der Beirat (neben andere Beiräten) bereits im vergangenen Jahr stark zum Thema engagiert habe. Dies habe auch insgesamt zu einer Verbesserung der Gesamtsituation in der Stadt geführt. Die vorgenomme Besetzung der Stellen sei allerdings auf der Grundlage bestimmer Sozialkriterien erfolgt, die dazu geführt hätten, dass vormals bedachte Schulen wie die Grundschule Oderstraße nun nicht mehr berücksichtigt wurden. Die Gesamtbetrachtung zeige auch, dass die Zuweisung im Ergebnis grundsätzlich nachvollzogen werden könne, die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stellen aber nach wie vor nicht ausreichend sei. Allerdings müssten die Chancen auf mögliche Veränderungen im laufenden Haushalt als realistisch sehr gering eingestuft werden. Er schlage vor, dass Thema in der nächsten Sitzung des Fachausschusses Soziales und Bildung am 12.03.2015 mit zu berücksichtigen.

- Bericht des Beiratssprechers ./.
- Berichte des Amtes (Aktuelle Veranstaltungshinweise und Hinweise zu ausliegenden Flyern)

TOP 3 – Mittelverteilungsvorschlag des Amtes für Soziale Dienste für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil (Beschlussfassung)

Die Vertreterin des AfSD stellt die für 2015 vorgesehene Mittelverteilung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil vor (Gesamtumfang 471.200,00 €). Im Zuge dessen gibt sie den Hinweis, dass die Trägerschaft für das Jugendfreizeitheim (JFH) Buntentor zum 01.12.2014 vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) zur Sozialpädagogischen Familien- und Lebenshilfe (SoFa) e.V. gewechselt hat.

Für das Frühjahr dieses Jahres sei zudem eine Bedarfsanalyse (externe Beauftragung) in den einzelnen Ortsteilen geplant. Hierfür wird insbesondere um eine intensive Begleitung durch den Jugendbeirat gebeten. Im Sommer solle darauf dann ein Workshop zur Erarbeitung passgenauer Angebote, im kommenden Winter eine Auswertung und Fortschreibung für die kommenden Jahre erfolgen.

In der anschließenden Diskussion werden von einzelnen Beiratsmitgliedern Details aus den Finanzierungsübersichten der Träger hinterfragt. Zudem wird in diesem Zusammenhang beklagt, dass aus den seitens des AfSD zur Verfügung gestellten Unterlagen bei verschiedenen Trägern deren Angebote für die offene Kinder- und Jugendarbeit nicht erkennbar seien (Ausnahme Antrag der Gewitterziegen e.V.).

Von Seiten des Jugendbeirates und Nutzern des Jugenfreizeitheimes Buntentor wird auf die nach wie vor als einseitig empfundene Benachteiligung bei der Umverteilung von Stadtteilgeldern aus dem dortigen Jugendfreizeitheim in den Bereich Huckelriede hingewiesen. Den entsprechenden Mittelverteilungsvorschlag hätten die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendbeirates im Controllingausschuss abgelehnt, seien jedoch in diesem Verfahren mehrheitlich überstimmt worden. Die Forderung des Jugendbeirates und der Nutzer des JFH sei es, die Belastungen durch die Mittelverschiebung nach Huckelriede gleichmäßig auf beide JFH im Stadtteil aufzuteilen.

In der zu den vorgenannten Punkten mitunter sehr kontrovers geführten Debatte weist der stellvertretende Beiratssprecher wiederholt darauf hin, dass der Beirat lediglich die vorgesehene Mittelverteilung des AfSD und nicht dessen Weg dorthin über die Antragsstellungen der einzelnen Träger zu beurteilen habe. Dafür sei die Arbeit des Controllingausschusses vorgeschaltet, in dem der Beirat ebenfalls aus seinen Reihen vertreten werde. Dieser Auffassung wird in Teilen von einzelnen Beiratsmitgliedern widersprochen. Diese sind der Ansicht, dass eine entsprechende Beurteilung der vorgesehenen Mittelzuweisung nicht ohne detaillierte Kenntnis der Trägerangebote möglich sei.

Die Sitzung wird von 20.35 Uhr – 20.40 Uhr für interne Beratungen der Beiratsmitglieder unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird vorgeschlagen, als Kompromisslösung die Beschlussfassung über die Mittelverteilung zunächst in die Februar-Sitzung des Beirates zu vertagen und dem AfSD kurzfristig Gelegenheit zu geben,

bislang fehlende Informationen über die verschiedenen Trägerangebote nachzureichen. Über diesen Verfahrensvorschlag solle abgestimmt werden, bei Annahme sei der entsprechende Passus in dem schriftlich vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 1) ebenfalls zu vertagen.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung des Mittelverteilungsbeschlusses in die Februar-Sitzung abstimmen. Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen

Anschließend bittet die Fraktion B 90/Die Grünen bei den verbleibenden Teilen des Antrages um getrennte Abstimmung zu den Absätzen 1, 2 und 3. Im Absatz 1 schlage die Fraktion die Änderung des letzten Satzes in "Die Bürgerschaft und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen werden aufgefordert, die Mittel für die Kinder - und Jugendarbeit zu erhöhen", bei den Absätzen 2 und 3 die komplette Streichung vor.

Zu diesen Änderungswünschen wird wie folgt abgestimmt:

- zu Absatz 1: 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
- zu Absatz 2: 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
- zu Absatz 3: 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abschließend wird über den um den Abschnitt "Mittelzuweisung 2015" reduzierten, im übrigen unveränderten Antragstext abgestimmt:

Beschluss: siehe Anlage 2 (Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)

TOP 4 – Vorgesehene Einrichtung eines Übergangswohnheims (ÜWH) für Flüchtlinge im Stadtteil

Die Vertreter_innen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen stellen die Planungen anhand einer Bildschirmpräsentation (Anlage 3) vor. Kernpunkte dabei sind:

- Nutzung einer Fläche auf ehemaligem Kasernengelände am Niedersachsendamm (in Höhe Roland-Klinik)
- Abriss vorhandener Hallen und Aufbau des ÜWH in Containerbauweise (sogenannte Modulbauten)
- Unterbringung von max. 200 Personen geplant (bislang war von etwa 100 Personen ausgegangen worden; durch einen Einrichtungstausch in der Überseestadt (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge statt Familienunterbringung) sei nun kurzfristig zusätzlicher Bedarf für weitere 100 Plätze entstanden)
- Vorlaufphase bis zur Nutzung der Einrichtung beträgt rund 6 Monate

In der anschließenden Diskussion wird der vorgesehene Standort von den Beiratsmitgliedern grundsätzlich unterstützt. Allerdings stelle sich bei der geplanten Belegung die Frage, ob die daraus resultierenden Aufgaben wie z.B. Kinderbetreuung und Beschulung ebenfalls im Stadtteil angemessen bewältigt werden können.

Der Vertreter des Bildungsressorts erklärt dazu, dass man bei 100 Flüchtlingen von etwa 8 bis 15 schulpflichtigen Kindern (davon 4 bis 5 ohne Deutschkenntnisse) ausgehen könne. Bei der angestrebten Belegung am Standort von max. 200 Personen gehe man daher derzeit von ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtteil aus.

Der Beirat sieht angesichts der sehr kurzfristig angekündigten Erhöhung der Personenzahl für den Standort weiteren Klärungsbedarf und spricht sich daher dafür aus, neben der Auswahl des Standortes in einem ersten Schritt zunächst einer Belegung mit bis zu 100 Flüchtlingen zuzustimmen und die weitere Beschlussfassung zu vertagen.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt stimmt dem vorgesehenen Standort für den Aufbau eines Übergangswohnheimes im Bereich Niedersachsendamm mit einer Belegung von ca. 100 Flüchtlingen zu. (einstimmig)

TOP 5 – Globalmittel: Schwerpunktsetzung für 2015

Beschluss:

Für die Fortführung und den Ausbau des Schwerpunktprojektes "Belebung von Straßen und Plätzen in der Neustadt" werden 5.000,00 € aus den Globalmitteln des Haushaltsjahres 2015 vorgesehen. (einstimmig)

Die Sitzung wurde um 22.00 Uhr geschlossen, die TOP 6 + 7 wurden vertagt.

1401400140014004000400040004000400100040004004		
Ingo Mose	Annemarie Czichon	Michael Radolla
Beiratssprecher	Sitzungsleitung	Protokollführung



Zukunft der Jugendförderung in der Neustadt

Beschlussvorschlag der SPD im Beirat Neustadt

Für den Beirat Neustadt bildet das zuletzt im Jahr 2012 im Beirat vorgestellte Stadtteilkonzept die Grundlage für die Planung der Angebote der Jugendarbeit in der Neustadt.

Finanzielle Grundlage für die Angebote der Jugendarbeit in der Neustadt sichern

Für die Finanzierung der Angebote steht ein bis ins Jahr 2015 festgeschriebenes Stadtteilbudget zur Verfügung, darüber hinaus gehende Finanzforderungen für die Angebotsentwicklung können nicht berücksichtigt werden. Innerhalb des Stadtteilbudgets sind Mittelverschiebungen erforderlich, um die Angebote entsprechend des Stadtteilkonzepts entwickeln zu können.

Mit der Rahmenkonzeption für die Offene Jugendarbeit werden neue und zusätzliche Aufgaben für die Jugendarbeit beschrieben. Für diese Aufgaben müssen entsprechende Finanzmittel zusätzlich bereit gestellt werden. Der Beirat Neustadt hält die finanzielle Ausstattung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung für unzureichend. Die Bürgerschaft und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen werden aufgefordert, im Jahr 2015 diese Mittel um mindestens 5% aufzustocken und in den folgenden Jahren entsprechend der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu erhöhen.

Jugendfreizeitheime Buntentor und Neustadt als Standorte für Angebote der Jugendarbeit erhalten

Der Beirat Neustadt setzt sich für den Erhalt der beiden Standorte Geschwornenweg und Thedinghauser-Str. ein, dies setzt eine konzeptionelle Neuorientierung der Angebote der beiden Jugendfreizeitheime voraus.

Geschlechtsspezifische Angebote erhalten und ausbauen

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, je ein Drittel der Mittel aus dem Stadtteilbudget für mädchen- bzw. jungenspezifische Angebote der Jugendarbeit bereit zu stellen. Die vorhandenen Angebote sind zu erhalten und auszubauen.

Mit den geförderten Trägern sind entsprechende Vereinbarungen in den Zuwendungsbescheiden fest zu legen.

Soziale Benachteiligungen überwinden

Der Beirat Neustadt setzt sich dafür ein, Angebote der Jugendarbeit zu fördern, die soziale Benachteiligungen überwinden helfen. Öffentlichen Fördergelder sollen vorrangig für entsprechende Angebote der Jugendarbeit verwendet werden.

Kooperationen fortsetzen und weiter entwickeln

Der Beirat Neustadt erwartet von den geförderten Trägern die Bereitschaft zur Kooperation bei der Entwicklung von Angeboten für Jugendliche in der Neustadt. Dies setzt auch die Bereitschaft voraus, Räume gemeinsam zu nutzen und verbindliche Absprachen für die Angebotsentwicklung zu treffen.

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Jugendarbeit in der Neustadt eröffnen

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, die geförderten Träger personell so auszustatten, dass sie auch in der Lage sind, weitere Finanzierungsmöglichkeiten aus Bundesprogrammen, europäischen Förderprogrammen oder anderen Fördermöglichkeiten zu nutzen. Dazu sind entsprechende Vereinbarungen in den Zuwendungsbescheiden fest zu legen.

Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in der Neustadt entwickeln

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, in Zusammenarbeit mit allen Trägern von Angeboten der Jugendarbeit in der Neustadt, unabhängig davon ob sie eine Förderung aus dem Stadtteilbudget erhalten, mittelfristig eine Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in der Neustadt zu entwickeln.

An der Entwicklung einer Gesamtkonzeption sind die Jugendlichen aus der Neustadt angemessen zu beteiligen.

Mittel des Stadtteilbudgets neu verteilen

Im Rahmen der Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit ist auch weiter über eine veränderte Mittelverteilung zu diskutieren. In den Ortsteilen Hohentor und Huckelriede sind Angebote der Jugendarbeit zu etablieren bzw. zu verstetigen. Dies lässt sich aktuell nur durch Mittelumverteilung zu Lasten bestehender Angebote realisieren. Maßstab für die Umverteilung sind die nach dem Stadtteilkonzept zu fördernden Angebote. Dazu muss das Stadtteilkonzept aktualisiert werden und an die sich verändernde Bedarfe angepasst werden. Die Rahmenkonzeption für die Offene Jugendarbeit bildet dabei die Grundlage für das Stadtteilkonzept.

Mittelverteilung 2015

Das Sozialzentrum hat unter Beteiligung des Controlling-Ausschusses Jugendförderung einen Mittelverteilungsvorschlag des Stadtteilbudgets für das Jahr 2015 vorgelegt, der im Wesentlichen der Mittelverteilung für das Jahr 2014 entspricht.

Das Sozialzentrum sah sich angesichts der laufenden gesamtstädtischen Diskussion der Neukonzeptionierung der Offenen Jugendarbeit nicht in der Lage, bereits für das Jahr 2015 das Stadtteilkonzept für die Jugendförderung zu aktualisieren. Die Entwicklung einer Gesamtkonzeption wurde in Aussicht gestellt, wird aber realistischerweise erst im Laufe des Jahres 2015 in Angriff genommen werden können.

Der Beirat Neustadt spricht sich dafür aus, weitere Mittelumverteilungen erst vorzunehmen, nachdem eine Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit entwickelt worden ist, spätestens aber im Jahr 2016.

Der Beirat Neustadt hat Verständnis für das ablehnende Votum der Jugendbeiratsvertreter_innen im Controlling-Ausschuss Jugendförderung zum Mittelverteilungsvorschlag des Sozialzentrums, kommt in seiner Bewertung aber zu einem anderen Ergebnis und stimmt dem Mittelverteilungsvorschlag zu. Der Beirat Neustadt spricht sich dafür aus, evtl. im Jahr 2015 nicht verbrauchte Mittel der Jugendförderung vorrangig für Projekte der Jugendbeteiligung des Jugendfreizeitheims Buntentor einzusetzen.

Bremen, 19. Januar 2015

Jus Manuall



Bremen, 28.01.2015

Beschluss

des Beirates Neustadt vom 22. Januar 2015

"Zukunft der Jugendförderung in der Neustadt"

Für den Beirat Neustadt bildet das zuletzt im Jahr 2012 im Beirat vorgestellte Stadtteilkonzept die Grundlage für die Planung der Angebote der Jugendarbeit in der Neustadt.

Finanzielle Grundlage für die Angebote der Jugendarbeit in der Neustadt sichern

Für die Finanzierung der Angebote steht ein bis ins Jahr 2015 festgeschriebenes Stadtteilbudget zur Verfügung, darüber hinausgehende Finanzforderungen für die Angebotsentwicklung können nicht berücksichtigt werden. Innerhalb des Stadtteilbudgets sind Mittelverschiebungen erforderlich, um die Angebote entsprechend des Stadtteilkonzepts entwickeln zu können. Mit der Rahmenkonzeption für die Offene Jugendarbeit werden neue und zusätzliche Aufgaben für die Jugendarbeit beschrieben. Für diese Aufgaben müssen entsprechende Finanzmittel zusätzlich bereitgestellt werden. Der Beirat Neustadt hält die finanzielle Ausstattung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung für unzureichend.

Die Bürgerschaft und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen werden aufgefordert, im Jahr 2015 diese Mittel um mindestens 5% aufzustocken und in den folgenden Jahren entsprechend der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu erhöhen.

Jugendfreizeitheime Buntentor und Neustadt als Standorte für Angebote der Jugendarbeit erhalten

Der Beirat Neustadt setzt sich für den Erhalt der beiden Standorte Geschwornenweg und Thedinghauser Straße ein, dies setzt eine konzeptionelle Neuorientierung der Angebote der beiden Jugendfreizeitheime voraus.

Geschlechtsspezifische Angebote erhalten und ausbauen

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, je ein Drittel der Mittel aus dem Stadtteilbudget für mädchen- bzw. jungenspezifische Angebote der Jugendarbeit bereit zu stellen. Die vorhandenen Angebote sind zu erhalten und auszubauen. Mit den geförderten Trägern sind entsprechende Vereinbarungen in den Zuwendungsbescheiden festzulegen.

Soziale Benachteiligungen überwinden

Der Beirat Neustadt setzt sich dafür ein, Angebote der Jugendarbeit zu fördern, die soziale Benachteiligungen überwinden helfen. Öffentliche Fördergelder sollen vorrangig für entsprechende Angebote der Jugendarbeit verwendet werden.

Kooperationen fortsetzen und weiter entwickeln

Der Beirat Neustadt erwartet von den geförderten Trägern die Bereitschaft zur Kooperation bei der Entwicklung von Angeboten für Jugendliche in der Neustadt. Dies setzt auch die Bereitschaft voraus, Räume gemeinsam zu nutzen und verbindliche Absprachen für die Angebotsentwicklung zu treffen.

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Jugendarbeit in der Neustadt eröffnen

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, die geförderten Träger personell so auszustatten, dass sie auch in der Lage sind, weitere Finanzierungsmöglichkeiten aus Bundesprogrammen, europäischen Förderprogrammen oder anderen Fördermöglichkeiten zu nutzen. Dazu sind entsprechende Vereinbarungen in den Zuwendungsbescheiden festzulegen.

Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in der Neustadt entwickeln

Der Beirat Neustadt fordert das Sozialzentrum Süd auf, in Zusammenarbeit mit allen Trägern von Angeboten der Jugendarbeit in der Neustadt, unabhängig davon ob sie eine Förderung aus dem Stadtteilbudget erhalten, mittelfristig eine Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in der Neustadt zu entwickeln. An der Entwicklung einer Gesamtkonzeption sind die Jugendlichen aus der Neustadt angemessen zu beteiligen.

Mittel des Stadtteilbudgets neu verteilen

Im Rahmen der Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit ist auch weiter über eine veränderte Mittelverteilung zu diskutieren. In den Ortsteilen Hohentor und Huckelriede sind Angebote der Jugendarbeit zu etablieren bzw. zu verstetigen.

Dies lässt sich aktuell nur durch Mittelumverteilung zu Lasten bestehender Angebote realisieren. Maßstab für die Umverteilung sind die nach dem Stadtteilkonzept zu fördernden Angebote. Dazu muss das Stadtteilkonzept aktualisiert und an die sich verändernde Bedarfe angepasst werden. Die Rahmenkonzeption für die Offene Jugendarbeit bildet dabei die Grundlage für das Stadtteilkonzept.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung (10 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)

gez. Czichon

Annemarie Czichon (Ortsamtsleiterin)

Unterbringung von Asylbewerberlnnen und Flüchtlingen in Bremen

Stand 22.01.2015

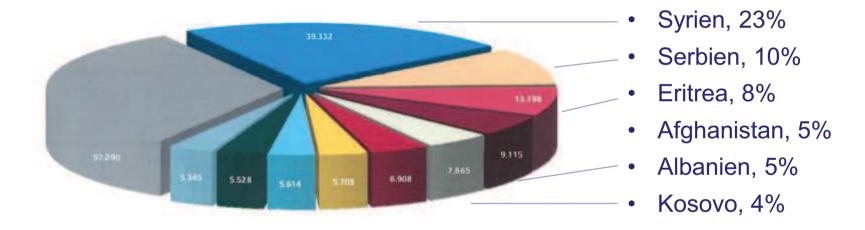
Beiratssitzung Neustadt





Woher kommen die Menschen?

Herkunftsländer 2014



Verteilung in Deutschland



- Verteilung erfolgt nach Königsteiner-Schlüssel.
- Bremen nimmt 0,93 Prozent aller Flüchtlinge auf.
- Aufteilung nach Landesaufnahmegesetz:

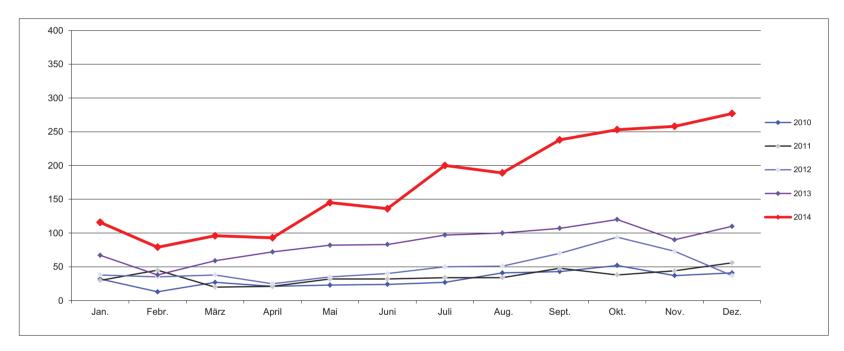
Bremen: 80%

Bremerhaven: 20%





Asylbewerber/innen in Bremen



Bundesweite Zuweisung nach dem EASY Verwaltungsverfahren, soweit in der EAE aufgenommen

Gesamtaufnahme nach EASY: 2.233 Personen im Jahr 2014

Prognose nach EASY: 3.000 Personen im Jahr 2015





Integration mit Wohnung hat Vorrang

Vorrang hat in Bremen die Unterbringung in Wohnungen (Mietverträge). Es gibt in allen Übergangswohnheimen Wohnberater/innen. Wichtig ist die Kooperation mit der Gewoba.

■ Vermittlung in Wohnungen wurden deutlich gesteigert:

2013: 184 Vermittlungen

2014: ca. 1.000 Vermittlungen

Projekt "Ambulante Betreuung" ab Februar 2015







Wohnheime sind trotzdem notwendig

Neue Einrichtungen wurden geschaffen:

Schwachhausen 50 Plät	ätze
-----------------------------------------	------

■ Mitte 150 Plätze

Neue Vahr 90 Plätze

Gröpelingen 95 Plätze

Osterholz190 Plätze

■ Hemelingen 120 Plätze

■ Walle/Übersee 100 Plätze

■ Vegesack 100 Plätze

Huchting70 Plätze



Gesamt

965 Plätze





Standorte dringend benötigt

- Trotz vieler Vermittlung in Wohnungen und der Schaffung neuer Übergangswohnheime brauchen wir in diesem Jahr rund 1.500 weitere Plätze!
- Die Behörde sucht dazu geeignete Gebäude und Grundstücke in der gesamten Stadt Bremen.
- Verfahren: Vorprüfung von Standorten, dann Kontakt mit Ortsamtsleiter/innen und Beiratssprecher/innen, dann Koordinierungsausschuss und Beiratsbefassung





Weitere Wohnheime sind in der Planung

Neustadt

Huchting

Schwachhausen

Mitte

Findorff

Nord

100 Plätze

100 Plätze

70 Plätze

150 Plätze

100 Plätze

100 Plätze



Kattenturm

160 Plätze in einer neuen Erstaufnahme



Standort Neustadt - Kaserne Huckelriede

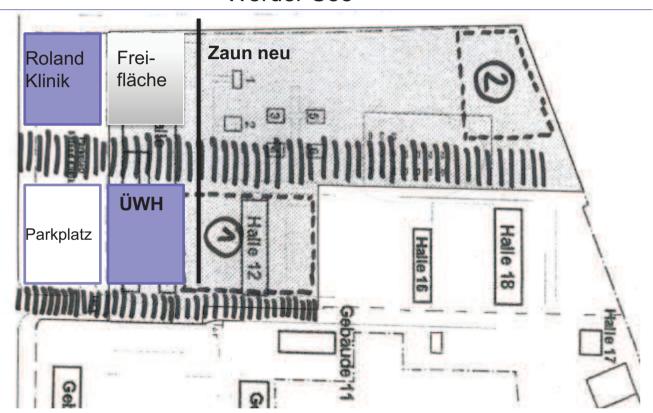




M

Standort Neustadt - Kaserne Huckelriede

Werder See



Erste Planungsskizze – IN PRÜFUNG!!





Standort Neustadt – Kaserne Huckelriede

- Integrierte, aber nicht "eindringende" Lage
- Verkehrsanbindung gegeben
- Einkaufsmöglichkeiten
- Ca. 100 Plätze in Containern
- Spielflächen außen und innen
- Gemeinschaftsräume
- Kochmöglichkeiten
- Gemeinsame Sanitärbereiche
- ACHTUNG: Machbarkeitsprüfung noch nicht abgeschlossen!!!







Soziale Faktoren

- Betreuung durch p\u00e4dagogisches Fachpersonal eines Wohlfahrtsverbands
- Ärztliche Sprechstunde durch Gesundheitsamt
- Zusätzliche Vorschulklasse
- Kinderbetreuungsangebote im ÜWH / ggf. in Kooperation mit Angeboten im Stadtteil
- Sprachkurse über die VHS
- Wohnraumberatung





Weitere Vorgehensweise

- Beratung im Beirat und Bitte um Zustimmung zum neuen
 Standort
- Abschluss der Machbarkeitsprüfung
- Befassung der Deputation und des Haushalts- und Finanzausschusses
- Planungsphase
- Aufbau und Einrichtung der Container

